

Gemeindevertreter

in der Gemeinde Am Mellensee

An den Vorsitzenden der Gemeindevertretung
der Gemeinde Am Mellensee
Maik Tscherwinka
Zossener Straße 21 c 15838
Am Mellensee

Am Mellensee 2022-01-14

textliche Änderung Beschlussvorlage + Änderung TOP-Reihenfolge **Feststellung der außergewöhnlichen Notlage nach §50a BbgKVerf**

Sehr geehrter Herr Tscherwinka,

gemäß dem Schreiben vom 13.1. vom HVB und Beanstandung zum letzten Beschluss, schlagen wir folgende textliche Änderung des Beschlusses vor.

Vorsorglich bitten wir diesen Beschluss zu Beginn der Sitzung zu fassen,
damit er wie in der Kommunalverfassung vorgesehen dann ab sofort auch ohne Bedingung an die Veröffentlichung im Amtsblatt Anwendung findet.

Beschlussvorlage:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Mit sofortiger Wirkung stellt die Gemeindevertretung die außergewöhnliche Notlage ab sofort nach §50a BbgBVerf fest. Diese Feststellung wird bis zum 30.4. festgesetzt und kann durch extra Beschlüsse vorab aufgehoben bzw. verlängert werden.

Die Verwaltung wird aufgefordert die technischen Voraussetzungen bis zum 1. Februar 2022 so zu schaffen, dass die zugeschalteten Mitglieder alle Redebeiträge verstehen und auch von allen präsent anwesenden Teilnehmern verstanden werden.

Für die technischen Voraussetzungen auf der Teilnehmerseite, die zugeschaltet werden, ist jeder Teilnehmer selbst verantwortlich. Für nicht öffentliche Tagesordnungspunkte müssen die zugeschalteten Teilnehmer versichern allein anwesend teilzunehmen.

Der Teilnahmewunsch der Mitglieder sollte in der Regel so früh wie möglich jedoch mindestens einen Tag vor der Sitzung per Mail an den Vorsitzenden der jeweiligen Sitzung und das Sekretariat der Verwaltung gestellt werden. Tischvorlagen, Präsentationen sowie alle anderen Unterlagen für die jeweilige Sitzung, die zuvor nicht in den Unterlagen der jeweiligen Sitzung enthalten waren, werden spätestens 3 Stunden vor Sitzung an die Mitglieder per Mail verschickt, die nicht präsent vor Ort teilnehmen können. Dieser Beschluss findet Anwendung für die Sitzungen der Gemeindevertretung, alle Fachausschüsse sowie Ortsbeiräte.

Außerdem erfolgt die unverzügliche Anzeige dieses Beschlusses bei der Kommunalaufsicht des Landkreises Teltow Fläming.


Begründung:

Die Notlage begründet sich mit der aktuellen Entwicklung der Infektionszahlen und der Möglichkeit nach der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg.


Eine Vorherige öffentliche Bekanntmachung des Beschlusses ist laut §50a für diese Notlage nicht notwendig.

Der gefasste Beschluss gilt ohne Einschränkung sofort nach Beschluss.

Die technisch vorhandenen Gegebenheiten auf Sitzungsseite die im §34 (1a) aufgeführt sind für §50a keine Bedingung mehr.


.....
Antje Schuster


.....
Tobias Janke


.....
Dirk Pehnert

§ 50a Erhaltung kommunaler Entscheidungsfähigkeit in außergewöhnlichen Notlagen

(1) Ist ein Zusammentreten der Sitzungsteilnehmer an einem Sitzungsort zu Sitzungen der Gemeindevertretung, des Hauptausschusses, der Ausschüsse und der Ortsbeiräte aufgrund einer außergewöhnlichen Notlage so wesentlich erschwert, dass eine ordnungsgemäße Sitzungsdurchführung unzumutbar wäre, kann die Gemeindevertretung mit zwei Dritteln der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder eine außergewöhnliche Notlage feststellen und damit die Anwendbarkeit des Absatzes 2 eröffnen. Soll die Feststellung der außergewöhnlichen Notlage bereits in einer Sitzung nach dem Absatz 2 erfolgen, so ist in diesem Fall der Beschluss nach Satz 1 zu Beginn der Sitzung zu fassen. Der Beschluss nach Satz 1 ist unter Berücksichtigung der Art der Notlage angemessen zeitlich zu befristen beziehungsweise vorzeitig aufzuheben, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 nicht mehr vorliegen. Die Feststellung der außergewöhnlichen Notlage sowie deren Aufhebung ist der nach § 110 Absatz 1 oder Absatz 2 zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde anzuzeigen.

(2) In außergewöhnlicher Notlage können alle Mitglieder der Gemeindevertretung **per Audio oder Video** an der Sitzung der Gemeindevertretung teilnehmen. **§ 34 Absatz 1a Satz 6 bis 14 ist entsprechend anzuwenden.** Für die Sitzungen des Hauptausschusses, der Ausschüsse sowie der Ortsbeiräte findet diese Regelung entsprechend Anwendung. **§ 36 Absatz 3 findet keine Anwendung.** Ergänzend sind im Falle von Video- und Audiositzungen der Öffentlichkeit die entsprechenden Zugangsmöglichkeiten für das Verfolgen der Sitzungen der Gemeindevertretung allgemein bekannt zu machen.

§ 34 Einberufung der Gemeindevertretung

(1a)

Satz 1) Die Gemeindevertretung tagt grundsätzlich in Präsenzsitzung.

Satz 2) Gemeindevertreter können, abgesehen von der konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung, auf begründeten Antrag an der Sitzung per Video teilnehmen, soweit dies technisch möglich ist.

Satz 3) Ein begründeter Antrag liegt vor, wenn der Gemeindevertreter anderenfalls seine persönliche Teilnahme an der Sitzung aus beruflichen, familiären, gesundheitlichen oder vergleichbaren Gründen nicht ermöglichen könnte.

Satz 4) Näheres dazu kann in der Geschäftsordnung geregelt werden.

Satz 5) Abweichend von Satz 2 kommen für den Vorsitzenden der jeweiligen Sitzung der Gemeindevertretung und den Hauptverwaltungsbeamten nur eine persönliche Teilnahme am Sitzungsort in Betracht.

Satz 6) Durch geeignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass sich die am Sitzungsort anwesenden und die per Video teilnehmenden Gemeindevertreter gegenseitig wahrnehmen können und die am Sitzungsort anwesende Öffentlichkeit die Sitzung verfolgen kann.

Satz 7) § 36 Absatz 3 findet insoweit keine Anwendung.

Satz 8) Die Durchführung von geheimen Wahlen ist in diesen Sitzungen nicht zulässig.

Satz 9) Geheime Wahlen erfolgen im Nachgang der jeweiligen Sitzung durch Briefwahlen.

Satz 10) Näheres regelt die Geschäftsordnung.

Satz 11) Die per Video Teilnehmenden haben bei der Teilnahme am nichtöffentlichen Teil der Sitzung sicherzustellen, dass die Nichtöffentlichkeit gewahrt bleibt und keine weiteren Personen die Sitzung verfolgen können.

Satz 12) Treten vor oder während der Sitzung technische Störungen auf, die eine Teilnahme oder weitere Teilnahme von per Video teilnehmenden Gemeindevertretern an der Sitzung über einen angemessenen Zeitraum hinaus verhindern, ist dies als entschuldigtes Fernbleiben zu werten.

Satz 13) § 38 Absatz 1 bleibt unberührt.

Satz 14) Eine aus technischen Gründen verursachte zeitweise Teilnahme nur per Audio ist unbeachtlich.

§ 36

Öffentlichkeit der Sitzungen

(3) Die Zulässigkeit von Ton- und Bildübertragungen sowie Ton- und Bildaufzeichnungen durch Presse, Rundfunk und ähnliche Medien kann in der Geschäftsordnung geregelt werden. Gleiches gilt für von der Gemeindevertretung selbst veranlasste Ton- und Bildübertragungen sowie Ton- und Bildaufzeichnungen. Im Übrigen sind Ton- und Bildübertragungen sowie Ton- und Bildaufzeichnungen nur zulässig, wenn alle anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung zustimmen.